

Beschluss:

Rat und Verwaltung der Stadt Koblenz unterstützen einstimmig die Positionen des Deutschen Städtetages zum Erhalt kommunaler Strukturen in der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Der Hauptausschuss des Deutschen Städtetages hat hierzu in seiner Sitzung am 06.02.2013 einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

1. Der Hauptausschuss des Deutschen Städtetages fordert, dass zumindest die kommunale Wasserwirtschaft aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie herausgenommen wird, wofür sich auch mehrheitlich deutsche EU- Abgeordnete parteiübergreifend einsetzen. Der Hauptausschuss des Deutschen Städtetages fordert das EU- Parlament auf, die Richtlinie zur Vergabe von Konzessionen abzulehnen, wenn die Ausnahme der kommunalen Wasserwirtschaft aus der Richtlinie keine Mehrheit findet.
2. Der Hauptausschuss fordert die Bundesregierung auf, sich gegenüber der EU- Kommission und dem EU- Parlament für eine Herausnahme der kommunalen Wasserwirtschaft aus dem Anwendungsbereich der Richtlinie einzusetzen.
3. Der Hauptausschuss fordert darüber hinaus die EU- Kommission, EU- Parlament und die Bundesregierung auf, in den Trilogverfahren zwischen EU- Kommission, EU- Parlament und EU- Ministerrat die vorgesehenen Regelungen zur interkommunalen Zusammenarbeit und zur Inhouse- Vergabe, die über die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs hinausgehende und einschränkende Kriterien beinhalten, sowohl in der allgemeinen Vergaberichtlinie als auch in der Konzessionsvergaberichtlinie zu streichen.